



ÖSTERREICHISCHER
PRESSERAT

Senat 2

MITTEILUNGEN MEHRERER LESERINNEN UND LESER

Der Presserat ist ein Verein, der sich für verantwortungsvollen Journalismus einsetzt und dem die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs angehören. Die Mitglieder der drei Senate des Presserats sind weisungsfrei und unabhängig.

Im vorliegenden Fall ist der Senat 2 aufgrund von Mitteilungen mehrerer Leserinnen und Leser tätig geworden und hat seinen medienethischen Standpunkt geäußert. Die Medieninhaberin der Tageszeitung „Der Standard“ hat sich der Schiedsgerichtsbarkeit des Presserats unterworfen.

Mehrere Leserinnen und Leser kritisieren den Artikel „Sozialarbeiter: Sexuelle Übergriffe `kein importiertes Problem`, erschienen am 08.02.2016 auf Seite 8 der Tageszeitung „Der Standard“ sowie auf „derstandard.at“.

In dem Artikel wird generell das Thema sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen behandelt und auch über den Fall eines 20-jährigen Irakers berichtet, der verdächtigt wird, einen zehnjährigen Buben in einem Schwimmbad vergewaltigt zu haben. Der Mann habe angegeben, nach vier Monaten ohne Sex einen „sexuellen Notstand“ gehabt zu haben.

Im Artikel kommen ein Sozialarbeiter und ein Psychotherapeut zu Wort, wobei sie folgende Standpunkte vertreten: Sexuelle Übergriffe auf Frauen und Kinder seien kein importiertes Problem. Flüchtlinge dürften nicht pauschal zu Sündenböcken gemacht werden. Die konkrete Tat sei ein Einzelfall, bei dem verdächtigen 20-jährigen Iraker lägen mehrere negative Faktoren vor, die auf hohen Therapiebedarf und wohl auf einer Prädisposition des Tatverdächtigen hindeuten würden. Darüber hinaus sei auch die Stresssituation zu berücksichtigen, in der Flüchtlinge sich befinden würden. Vieles, was ihnen Halt gebe, sei weg, und vielleicht sei „nur mehr die Männlichkeit übrig“. Sexualität werde in Europa anders gelebt als im arabischen Raum, wo dieses Thema mit vielen Verboten belegt sei. Da brauche es einen offenen Dialog. Flüchtlinge müssten sich in einem Land durchschlagen, dessen Werte sie nicht kennen. Es sei wichtig zu erfahren und zu bedenken, unter welchen Spannungen sie stünden. Außerdem seien Großunterkünfte nicht ideal.

Die Leserinnen und Leser kritisieren, dass hier versucht werde, das Gewaltverbrechen an einem Zehnjährigen zu verharmlosen und zu entschuldigen. Der Täter werde in Schutz genommen, ohne auf die Qualen und psychischen Auswirkungen auf das Opfer hinzuweisen.

Der Senat hat beschlossen, in diesem Fall kein selbständiges Verfahren einzuleiten.

Der Senat vertritt die Ansicht, dass die in dem Artikel zitierten Expertenaussagen – anders als von den Leserinnen und Lesern gedeutet – nicht als Rechtfertigung für die Vergewaltigung angeführt werden. Die befragten Experten zeigen lediglich auf, dass Flüchtlinge sich in einer sehr belastenden Situation befinden, die neben der ebenfalls erwähnten Prädisposition des mutmaßlichen Täters mit zu der Tat beigetragen haben könnte. Die Journalistin hat die Ansichten der Experten korrekt wiedergegeben.

Der Senat hält es für wichtig, dass sämtliche Ursachen und Probleme thematisiert werden. Eine solche Ursachenforschung stellt keine Relativierung oder Entschuldigung des Täters dar, sie ist vielmehr notwendig, um Risikofaktoren zu erkennen und solche Straftaten in Zukunft möglichst zu verhindern.

Freilich wäre es nach Meinung des Senats wünschenswert gewesen, wenn die Autorin im Artikel deutlicher herausgearbeitet hätte, dass es nicht darum gehe, die Schwere der verübten Straftat zu relativieren oder gar zu entschuldigen, sondern zu verstehen, was in Tätern vor sich gehe. Allerdings stellt es keinen Verstoß gegen den Ehrenkodex dar, dass die Autorin ihren Artikel nur einer Facette eines Verbrechens, der Ursachenforschung, gewidmet hat. Nur wer die Hintergründe einer Tat kennt, kann Gefahrenquellen erkennen und für die Zukunft verbauen. Dabei spielen Therapeuten und Sozialarbeiter eine wichtige Rolle.

In der Öffentlichkeit gibt es derzeit viele Debatten über die Stellung von und die Gewaltausübung an Frauen und Kindern in der arabischen Welt sowie die Auswirkungen auf die österreichische Gesellschaft durch die Flüchtlingsbewegungen. Manche Expertinnen und Experten nehmen dazu eine kritischere Position ein als die zitierten. Die meisten Diskussionen werden sehr kontrovers geführt.

Daher empfiehlt der Senat, bei einem derart sensiblen Thema besonders umfassend und genau zu recherchieren, das Leid der Opfer nicht zu vergessen und unterschiedliche Meinungen einzuholen. Aber selbstverständlich sind Journalistinnen und Journalisten bei der Auswahl ihrer Interviewpartner frei.

Österreichischer Presserat
Senat 2
Vors. Mag. Andrea Komar
16.02.2016